

K02 Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte Metropolen

Antragsteller*in: Paula Louise Piechotta (KV Leipzig), Anne Kämmerer (KV Meißen), Tobias Peter (KV Leipzig), Stefanie Gruner (KV Leipzig), Thomas Löser (KV Dresden), Thomas Lehmann (KV Chemnitz), Valentin Lippmann (KV Dresden), Christin Melcher (KV Leipzig), Tim Elschner (KV Leipzig), Norman Volger (KV Leipzig), Jürgen Kasek (KV Leipzig), Gesine Märtens (KV Leipzig), Katja Meier (KV Meißen)

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 Sachsens Großstädte wachsen, teilweise schneller, als noch vor einigen Jahren
2 angenommen wurde. So hat sich beispielsweise Leipzig mit einem Zuwachs von
3 jährlich über 10.000 Menschen zur am schnellsten wachsenden deutschen Großstadt
4 entwickelt. Auch Dresden verzeichnete in den letzten Jahren einen Zuwachs von
5 jährlich über 5.000 Menschen. Die Geburtenraten sind hoch, der Zuzug stark.
6 Viele Prognosen über Schrumpfungsprozesse in den Großstädten, auf deren
7 Grundlage noch vor Jahren zentrale politische Entscheidungen getroffen wurden,
8 haben sich als falsch erwiesen.

9 Das Wachstum und der Zuzug in die urbanen Ballungsräume birgt vielfältige
10 Chancen. Zusammen mit den großen Städten wird ganz Sachsen vielfältiger,
11 lebendiger und klüger. Was unsere sächsische Großstädte auszeichnet, sind die
12 vergleichsweise niedrigen Mieten und die Freiräume, in denen sich Menschen
13 ausprobieren können, die Kreative anziehen und das Leben deutlich entspannter
14 und interessanter machen als in anderen deutschen Großstädten.

15 Im Moment steht diese Entwicklung auf dem Spiel. Das Wachstum stellt die
16 Großstädte vor große Herausforderungen: Wohnraum, Infrastruktur und soziale
17 Daseinsvorsorge müssen dem Zuwachs folgen, ohne die gesellschaftliche Spaltung
18 voranzutreiben. Gleichzeitig werden im Zuge des Wachstums die Fehlentwicklungen
19 in den Großstädten immer deutlicher. Der Ausverkauf der Städte, die zunehmende
20 soziale Spaltung in der Stadt, die zunehmende Immobilienspekulation und auch die
21 Sommerhitze in den dicht bebauten Quartieren zeigen uns: Wir werden Wege finden
22 müssen, diese Fehlentwicklungen zu überwinden. Bei diesen Herausforderungen
23 lässt der Freistaat die Großstädte weitgehend allein. Das wollen wir
24 ändern. Wachsende Städte brauchen eine breite Akzeptanz für ökologische
25 Mobilität, für eine Stadtentwicklung mit lebendigen und sozial gemischten
26 Quartieren und genügend Freiräumen, für innovative Bildungskonzepte, gute
27 Arbeitsplätze und größere Internationalität, für eine innovative Verwaltung und
28 moderne Konzepte der Daseinsvorsorge. Sie können damit auch wichtige Impulse für
29 ihr Umland geben und so durch eine gute Vernetzung dazu beitragen, Sachsen
30 insgesamt als Region attraktiver zu machen.

31 Wir wollen die Spaltung zwischen der wachsenden Stadt und dem sich leerenden
32 ländlichen Raum nicht verstärken, sondern sie überwinden – nicht nur, indem wir
33 den ländlichen Raum in seiner Anbindung stärken, sondern auch, in dem die
34 Verantwortung der Städte für das umliegende Land stärker wahrgenommen wird. Die
35 kulturellen, wirtschaftlichen und medizinischen Angebote der Stadt müssen noch
36 stärker als heute die ländliche Bevölkerung einbeziehen und zugleich müssen die
37 Potentiale von Klein- und Mittelstädte für Wohnraum und Arbeitsplätze gehoben
38 werden. Wir wollen Großstädte und ländlichen Raum als zusammengehörende
39 Metropolregionen zusammen denken und systematisch stärken.

40 Wir wissen nicht, ob sich das gegenwärtige Wachstum in den Städten angesichts
41 des möglichen demografischen Wandels verstetigen wird. Wir wollen als
42 Stadtgesellschaften vorbereitet sein und unsere Städte, unsere Schulen und Kitas
43 so bauen, dass sie, wenn nötig, schnell aufgestockt und auch schnell anderweitig
44 genutzt werden können. Die Flexibilität der Strukturen soll eine grundlegende
45 Leitplanke unserer Stadtplanung werden.

46 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte das Wachstum nicht nur bewältigen,
47 sondern als Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung in allen Bereichen
48 nutzen. Dazu müssen wir uns nicht am Status Quo, sondern an den positiven
49 Beispielen anderer europäischer Metropolen orientiert. Städte wie Kopenhagen
50 oder Wien, Barcelona oder Groningen zeigen jeweils auf ihre Weise, dass die
51 Zukunft der lebenswerten Stadt in sozialer Vielfalt und Internationalität, in
52 ökologischer Mobilität und in gelebten Freiräumen und starken Kommunen liegt,
53 die für eine umfassende Daseinsvorsorge vom Wohnen bis zur Bildung sorgen.
54 Lebenswerte Metropolen sind machbar. Die Stadt von morgen ist grün.

55 Gutes Wohnen für alle

56 In den sächsischen Großstädten herrscht ein rapide zunehmender Wohnraumangel,
57 insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Die Schaffung bezahlbaren
58 und attraktiven Wohnraums ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen der
59 Gegenwart. Um die damit verbundenen stadtbau- und sozialpolitischen Aufgaben
60 anzugehen, ist es dringend an der Zeit, eine gemeinwohlorientierte Boden- und
61 Wohnungspolitik durchzusetzen.

62 Wir müssen den Ausverkauf unserer Städte an die Meistbietenden stoppen. Die
63 derzeitige massive Immobilienspekulation treibt einen Keil in die Gesellschaft.
64 Sie vertreibt vor allem die Schwächsten der Gesellschaft und hat die
65 Wohnungssuche zu einem survival of the fittest gemacht. Weil in der Folge
66 insbesondere Einkommensschwache aus bestimmten Vierteln verdrängt werden, ballen
67 sich soziale Problemlagen in bestimmten Vierteln. Diese Entwicklung müssen wir
68 stoppen. Wir wollen, dass Wohnungen wieder zuallererst zum Wohnen da sind und
69 dass Mieter*innen anständig und fair behandelt werden.

70 Um das Recht auf Wohnung zu gewährleisten und den sozialen Frieden zu erhalten,
71 brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Wir
72 wollen stattdessen, dass Grundstücke der Kommunen und des Freistaates nur noch
73 nach Erbbaurecht vergeben werden, um Immobilienspekulationen deutlich
74 einzudämmen. Das beendet auch die unsägliche Praxis der öffentlichen Hand, an
75 den jeweils Meistbietenden zu verkaufen, um dann festzustellen, dass keine
76 bezahlbaren Wohnungen auf den verkauften Grundstücken entstehen. Wir setzen uns
77 dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen
78 abzuschaffen.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein gezieltes Vorgehen gegen Fehlverhalten im
80 Wohnungsmarkt: Wir werden die staatlichen Möglichkeiten vollends ausschöpfen im
81 Kampf gegen den spekulativen Leerstand von Wohnungen, exorbitante Mietpreise und
82 gezielte Vertreibung von Altmietler*innen durch die Eigentümer. Dazu braucht es
83 in Sachsen ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beispielsweise
84 durch dessen Umwidmung in Ferienwohnungen.

85 Wir wollen die kommunale Durchsetzung von Milieuschutzsatzungen ermöglichen, in
86 dem wir als Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen für ein Umwandlungsverbot
87 von Eigentumswohnungen und die Nutzung des Vorkaufsrechts schaffen.

88 Die energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, Mieter*innen aus
89 ihren Wohnungen zu vertreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Zukunft nur
90 noch zu einem sehr geringen Teil auf die Miete umgelegt werden kann und
91 gleichzeitig deutlich stärker steuerlich gefördert wird. Wir wollen zudem eine
92 energetische Sanierung, von der Mieter*innen rasch profitieren und die nicht zu
93 sozialer Verdrängung führt. Daher haben für uns Maßnahmen Priorität, die einen
94 hohen ökologischen Nutzen haben und zu keiner Erhöhung der Warmmiete führen.
95 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein Förderprogramm
96 Heizkostenbremse ein, welches Energiesparmaßnahme fördert, die sich schnell
97 bezahlt machen.

98 Wir brauchen unbestreitbar deutlich mehr Sozialwohnungen in Sachsen. Allerdings
99 muss der soziale Wohnungsbau so erfolgen, dass er den Problemen am Wohnungsmarkt
100 wirksam begegnet. Ein Hauptproblem besteht darin, dass Sozialwohnungen viel zu
101 schnell aus der Mietpreisbindung herausfallen: Heute endet im sozialen
102 Wohnungsbau die Belegungsbindung schon nach zehn Jahren: Das ist viel zu kurz:
103 Deshalb wollen wir die Bindungsfristen für Belegungsrechte auf mindestens 25
104 Jahre verlängern und vorrangig nicht profitorientierte, kooperative Träger
105 fördern, die dauerhaft öffentliches Wohneigentum bereitstellen. Zudem müssen
106 entscheidende Fehlkonstruktionen bei der Inanspruchnahme des sozialen
107 Wohnungsbaus beseitigt werden. Dazu gehört, dass das Verbot für preiswerte
108 Mieten in der Förderrichtlinie des Landes gekippt wird und die Einkommensgrenzen
109 für die Inanspruchnahme von Wohnberechtigungsscheinen erhöht werden, um den
110 wohnungspolitischen Realitäten zu begegnen. Um den Bedarf von ca. 5.000
111 Wohnungen zu decken, wollen wir die Förderung auf 200 Mio. EUR/Jahr erhöhen.

112 Zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen wollen wir die Grunderwerbssteuer
113 anheben. Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im
114 Vergleich zu anderen Bundesländern, die bis 6,5% erheben, verliert der Freistaat
115 jedes Jahr hunderte Millionen Euro. Ein höherer Steuersatz kann der
116 Immobilienspekulation entgegenwirken und erhebliche zusätzliche Einnahmen
117 generieren, die gezielt für die Unterstützung einkommensschwacher Familien oder
118 Baugruppen beim Wohnungsbau durch Zuschüsse und Darlehen genutzt werden kann.
119 Auf diese Weise können wir gezielt Menschen unterstützen, die für sich eine
120 langfristige Perspektive in Sachsen aufbauen wollen.

121 Mit einem revolvingenden Wohnfonds sollen Kommunen beim Sozialen Wohnungsbau,
122 beim Aufbau öffentlichen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts
123 unterstützt werden. Zur Finanzierung wollen wir einen Teil der
124 milliardenschweren Rücklagen des Freistaates nutzen. Die Mittel der Fonds werden
125 damit nicht auf den globalen Finanzmärkten, sondern direkt in Sachsen zum Nutzen
126 der Menschen eingesetzt.

127 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen echten Mietspiegel: Echte Vergleichbarkeit
128 gibt es nur, wenn auch die Bestandsmieten in die Mietspiegel einbezogen werden
129 und damit den Mieter*innen ein realistischer Überblick gegeben wird, welche
130 Mieten tatsächlich fair sind.

131 Wir fordern, dass sich der Freistaat für steuerliche Förderung der
132 Wohnungsgemeinnützigkeit sowie eine Reform der Grundsteuer mit dem Ziel einer
133 Bodenwertbesteuerung einsetzt, um Spekulation einzudämmen.

134 Wohnungslosigkeit entgegenwirken

135 In den wachsenden Städten sind viele Menschen wohnungslos. Für uns ist eine
136 eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Deswegen wollen wir die
137 Wohnungslosenhilfe massiv ausbauen und eine Wohnungslosenstatistik einführen.
138 Mieter*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und
139 frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Im Mietrecht wollen
140 wir GRÜNE die entstandenen Lücken im Kündigungsschutz schließen.

141 Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische
142 Fachberatung, damit die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten wie zum Beispiel
143 der Suchthilfe und der psychiatrischen Beratung funktioniert. Auch das ambulante
144 Betreuungsangebot ist auszubauen. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle
145 Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Alleinerziehende. Der Katalog präventiver
146 Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Neben den
147 Schuldnerberatungsstellen müssen auch die Schnittstellen zwischen den Jobcentern
148 und Fachstellen sowie den Gesundheits- und Sozialdiensten ausgebaut und
149 personell verstärkt werden. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend
150 Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von
151 wohnungslosen Menschen in abgeschlossenen dauerhaften Wohnraum mit
152 wohnbegleitenden Hilfen zu ermöglichen, ohne die Bedingung, vorher
153 „Wohnfähigkeit“ zu erlangen (Housing First).

154 Soziale Vielfalt macht uns stark – vielfältige Quartiere erhalten und schaffen

155 Wir wollen, dass unsere Stadtviertel sozial durchmischt bleiben und vielfältiger
156 werden. Gerade Städte in Ostdeutschland zeigen den besorgniserregenden Trend
157 auf, dass die verschiedenen sozioökonomischen Einkommensgruppen zunehmend unter
158 sich bleiben, dass die Vielfalt in den Vierteln abnimmt und ältere und ärmere
159 Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung vertrieben werden. Wenn eine Gesellschaft
160 zusammenhalten soll, wenn Menschen sich gegenseitig verstehen sollen und in den
161 Dialog miteinander treten sollen, dann müssen sie sich auch begegnen können.
162 Deswegen fördern wir mit den Möglichkeiten von Landes- und Kommunalpolitik die
163 Diversität der Wohnformen im Quartier: Wir wollen, dass in einem Viertel große
164 und kleine Wohnungen, teurere und billigere Wohnungen nebeneinander bestehen
165 können, insbesondere auch, indem wir Sozialwohnungsprojekte ausgeglichen auf die
166 verschiedenen Viertel der Stadt verteilen und den Milieuschutz in Sachsens
167 Städten konsequent durchsetzen.

168 Neben der Erweiterung bestehender Quartiere werden ganze Viertel neu entstehen.
169 Wir wollen diese neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Einwohner*innen bauen
170 mit transparenten Planungs- und Abwägungsverfahren und unter breiter Beteiligung
171 der Öffentlichkeit. Für die Akzeptanz braucht es Vorteile für alle, auch den
172 bisherigen Anwohner*innen: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,
173 Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Arztpraxen, Senioren- und
174 Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche
175 Verkehrsmittel sollen von Anfang an mit eingeplant werden. Entscheidend für den
176 Erfolg sind die konsequente soziale Mischung und die Vernetzung mit dem
177 städtischen Umfeld. Neue Quartiere sollen nicht Profitinteressen dienen, sondern
178 an vorrangig durch gemeinnützige Träger, Genossenschaften, Baugruppen, das

179 Studierendenwerk oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften entwickelt werden.
180 Wagenplätze betrachten wir als eine gleichberechtigte Wohnform, für die genügend
181 Raum auch in innenstadtnahen Bereichen bereitgestellt werden muss.

182 Unsere Städte werden attraktiv durch ihre Freiräume: Für uns ist es essentiell,
183 dass wir diese auch für die Generationen nach uns erhalten. Das bedeutet, dass
184 wir als Städte Flächen definieren, die wir nicht verkaufen, sondern die als
185 Innovationsorte erhalten bleiben, mit permanenten Zwischennutzungen für neue
186 kulturelle und unternehmerische und soziale Projekte, damit wir als Städte auch
187 in Zukunft die Früchte unserer Experimentierflächen und damit unserer
188 Innovationsfähigkeit schaffen können. Wir wollen durch konzeptgebundene
189 Finanzierungen gezielt Baugruppen, Kollektivhäuser und Kulturprojekte fördern,
190 die sich dafür entscheiden, dauerhaft in einem Quartier zu leben und sich zu
191 engagieren. Das stärkt den Zusammenhalt vor Ort. Angesichts zunehmend
192 schwindender Freiräume für Künstler und Kreative wollen wir eine Atelier- und
193 Ladenprojektförderung auflegen, mit der ein Beitrag für vielfältige Quartiere
194 geleistet werden kann.

195 Die lebenswerte Stadt braucht mehr Grün

196 Wir alle haben es in diesem Jahr erlebt: Wenn es in den Nächten heiß bleibt und
197 viele von uns schlechter schlafen, dann sorgt das nicht nur für unkonzentrierte
198 Kinder in der Schule und schlechtere Laune am nächsten Tag im Job. Vor allem für
199 viele ältere und kranke Menschen stellen derart hohe Temperaturen auch ein
200 erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Unser Energieverbrauch durch
201 Klimaanlage steigt und die Bäume verlieren teilweise schon im Sommer ihr Laub.

202 Unsere Städte heizen sich als Folge des Klimawandels und jahrzehntelanger
203 Betonpolitik immer stärker auf. Das Mikroklima in den Städten wird zu einem
204 erheblichen Problem für ein gutes Leben in der Großstadt. Diesem Effekt wollen
205 wir entgegenwirken, damit die Gesundheitsrisiken durch Wärme in der Stadt nicht
206 weiter stiegen: Alle zukünftigen Stadtentwicklungs- und Bauprojekte in der Stadt
207 müssen diesem Effekt berücksichtigen und entgegenwirken: Wir setzen uns für
208 klimaintelligenten Stadtbau ein, mit mehr Frischluftschneisen und mehr
209 Verdunstungsflächen in unseren Städten.

210 Wir wollen grüne Oasen in der Stadt erhalten, neue schaffen, und vor allem auch
211 ein gesundes Gleichgewicht herstellen zwischen dem notwendigen Schaffen von
212 neuem Wohnraum durch Nachverdichtung und einer lebenswerten, erholsamen
213 Stadtnatur. Uns ist es wichtig, die Balance zwischen zusätzlicher Bebauung und
214 städtischem Grün zu halten. Unser Ziel ist es, vor allem zusammenhängende
215 größere Grünflächen zu erhalten oder neu zu erschließen. Neue städtische Parks
216 und eine konsequente Begrünung, die mehr ist als ein paar kleine Bäume auf einer
217 Betonfläche sind notwendig um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Zur
218 Umsetzung wollen wir ein Förderprogramm für ökologischen Stadtumbau und
219 Freiflächenentwicklung auflegen, mit dem sowohl Konzepte als auch konkrete
220 Stadtentwicklungsmaßnahmen gefördert werden.

221 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Ausbau und die bessere Förderung von Fassaden-
222 und Dachbegrünungen in den Städten. Es braucht endlich wieder die Möglichkeit
223 für die Kommunen wirksame Baumschutzsatzungen zu erlassen, um zu verhindern,
224 dass privater Kahlschlag zur Verödung und Überhitzung unserer Städte beiträgt.

225 Eine grünere Stadt muss auch über ihre Ernährung nachdenken. Zahlreiche
226 Beispiele zeigen, dass Lebensmittel auch aus den Großstädten heraus möglich ist.
227 Projekte wie Urban Gardening und Urban Farming wollen wir als GRÜNE sowohl
228 hinsichtlich der Flächenbereitstellung als auch des persönlichen Engagements
229 besser unterstützen und fördern.

230 Die Stadt von morgen fährt besser ohne Auto nachhaltige Mobilität für eine
231 lebenswerte Stadt

232 Die immensen Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind schon heute im
233 alltäglichen Verkehr zu beobachten. Die steigende Einwohnerzahl führt auch zu
234 mehr Staus in den Stoßzeiten und erheblichen Parkplatzproblem in einzelnen
235 Stadtteilen. Bleibt der Anteil des Autoverkehrs konstant, droht das
236 Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren den Verteilungskampf um den nicht
237 erweiterbaren öffentlichen Raum anzuhetzen und das Verkehrsnetz zu überlasten.
238 Auch die verkehrliche Lärmbelastung und die Gefährdung unserer Gesundheit durch
239 Feinstaub drohen zu steigen. Wir müssen deshalb den Anteil des Autoverkehrs
240 deutlich senken, um nicht zukünftig im dauernden Verkehrsinfarkt zu leben.

241 Wollen wir die Lebensqualität unserer Großstädte erhalten und verbessern, müssen
242 wir bei der Mobilität konsequent umsteuern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen
243 konsequent auf die ökologische Mobilität mit Fuß und Rad, Bussen und Bahn. Wir
244 wollen ein friedliches Miteinander auf der Straße erreichen, mit echter
245 Gleichberechtigung von Fußgänger*innen, Rad, Auto und Logistikverkehr.
246 Insbesondere den Wirtschaftsverkehr wollen wir intelligenter und kleinteiliger
247 nach Amsterdamer Vorbild durch die Städte steuern, denn das veränderte
248 Konsumverhalten von uns allen führt auch dazu, dass wir intelligentere und
249 innovative Lösung für die tägliche Paketflut an alle Haushalte brauchen. Wir
250 wollen, dass der Verkehr in den Städten sicherer wird: Wir verfolgen als
251 Leitziel der Verkehrsplanung, dass es keine Unfälle mit Todesfolge mehr in der
252 Stadt gibt (Vision Zero). Dafür brauchen wir intelligente Verkehrskonzepte, die
253 Sicherheit und Gesundheit einen Vorrang vor Schnelligkeit einräumen. Wir wollen
254 gemeinsam mit den Arbeitgeber*innen neue Konzepte entwickeln, die das
255 Pendelaufkommen in den Großstädten reduziert – zum Beispiel durch mehr Home
256 Office, mehr Gleizeit und arbeitsnahe Wohnungen, Schulen und Kitas für
257 Beschäftigte. Neue städtische Quartiere sollen möglichst autofrei vorrangig an
258 ÖPNV-Knotenpunkten und in einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Handel
259 entstehen. Bei der Investitionsförderung in Verkehrsinfrastruktur soll die
260 Vernetzung von Rad und ÖPNV (Multimodalität) vorrangig gefördert werden.

261 Autos nehmen uns den Platz und Freiräume weg. Wir GRÜNEN haben uns deshalb viele
262 Jahre dafür eingesetzt, dass die sächsische Bauordnung novelliert wird und damit
263 Gemeinden in die Lage versetzt werden zu regeln, wie, wo und in welcher Anzahl
264 Auto- oder Fahrradstellplätze zu schaffen sind. Damit waren wir erfolgreich,
265 diese kommunale Eigenständigkeit bei der Stellplatzordnung ist seit diesem Jahr
266 möglich. Wir wollen den nächsten Schritt gehen und die rechtssichere Grundlage
267 für die Ausweitung von CarSharing Möglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen,
268 um den Anreiz für den Besitz eines eigenen Autos in der Großstadt zu reduzieren.

269 Mit Bus und Bahn für bessere Mobilität für alle

270 Wer in Großstädten wirksam den Autoverkehr reduzieren will, muss konsequent den
271 ÖPNV stärken – nur dieser ist in der Lage ökologisch und soziale den Verkehr der
272 Zukunft zum größtmöglichen Nutzen aller abzuwickeln. Dazu muss der ÖPNV in den

273 Großstädten noch attraktiver werden, als er jetzt schon ist. Eine ausreichende
274 Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Taktfrequenz, Haltestellendichte,
275 Verkehrsknotenausbau, Umlandvernetzung und Tarifgestaltung müssen so organisiert
276 werden, dass das Umsteigen auf den ÖPNV ein Angebot ist, das man nicht ablehnen
277 kann. Dies gelingt nur, wenn die Staatsregierung die Regionalisierungsmittel des
278 Bundes konsequent an die Zweckverbände, die für die Bestellung von Bus und Bahn
279 zuständig sind, weiterleitet und mehr Geld für den Personennahverkehr zur
280 Verfügung stellt.

281 Fahrrad fahren aber sicher

282 Auch in Sachsen steigen immer mehr Menschen aufs Rad und bestimmen zunehmend das
283 Stadtbild. Allein der dafür nötige Platz, die dafür nötige sichere Infrastruktur
284 steht aktuell noch nicht ausreichend zur Verfügung – das wollen wir GRÜNE
285 ändern. Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes
286 anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und leistet
287 einen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und
288 Lebensqualität.

289 Eine gute Radverkehrsinfrastruktur, die Entwicklung eines guten
290 Radverkehrsnetzes mit Hauptverbindungen und Nebenrouten, die flächenhafte
291 Öffnung von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, die Schaffung diebstahlsicherer
292 ebenerdiger Fahrradabstellmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet sowie eine
293 breite Imagekampagne zur Schaffung von Radkultur, gegenseitiger Rücksichtnahme
294 und Verständnis sind längst überfällige Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs.
295 Um nicht nur innerhalb der Städte zügig und sicher voranzukommen, müssen
296 zukünftig auch Fahrradschnellstraßen geplant werden, um für nachgefragte
297 Pendlerbeziehungen wie z.B. zwischen Leipzig und Halle auch Radfahrenden ein
298 attraktives Angebot zu bieten.

299 Wir wollen eine bessere Vernetzung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern.
300 Ein Schlüsselement sind Fahrradparkhäuser an wichtigen Umsteigepunkten wie
301 Bahnhöfen, die über das reine Abstellen hinaus weitere Dienstleistungen wie
302 Reparaturen und Fahrradverleih anbieten.

303 Der Freistaat muss die Städte bei der Planung des Radverkehrs besser
304 unterstützen. Dazu braucht es endlich ein eigenes Referat Radverkehr im
305 Verkehrsministerium, das die Kommunen bei der Beantragung und Planung von
306 Radwegen unbürokratisch unterstützt und berät. Über die bloße Förderung von
307 Radwegen hinaus soll die Umsetzung integrierter Konzepte in den Großstädten
308 finanziert werden, um z.B. den Ausbau von Radnetzen, Fahrradquartiere,
309 separierte Fahrradwege oder Vorrangschaltungen für Radfahrer zu realisieren.

310 Jeder Weg beginnt zu Fuß

311 Die meisten Wege in den Städten werden zu Fuß zurückgelegt. Daran muss sich auch
312 die Verkehrsplanung orientieren. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer
313 werden. Wir wollen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen
314 Wartezeiten und langen Grünphasen. Barrieren und Hindernisse, die
315 Fußgänger*innen zu Umwegen zwingen, sollen verschwinden oder durchlässig gemacht
316 werden. Mit gesicherten Überwegen in kurzen Abständen, mit Zebrastreifen,
317 Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen werden wir alle künftig leicht und sicher
318 über die Fahrbahnen kommen. Ein engmaschiges barrierefreies Gehwegenetz soll

319 Menschen zu Fuß und auch allen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,
320 zugutekommen.

321 Plätze und Gehwege sind soziale Räume für Begegnung und Aufenthalt. Radwege
322 wollen wir deshalb von den Bürgersteigen auf die Fahrbahn bzw. separierte
323 Radwege (protected bikelanes) verlagern und das Parken von Autos auf
324 Gehwegflächen Zug um Zug reduzieren. Stattdessen soll dort durch mehr
325 Sitzgelegenheiten und Grün die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Der marode
326 Zustand vieler Gehwege und eine oft unzureichende Beleuchtung führen zu
327 Unsicherheiten. Neben der notwendigen Gehwegsanierung soll die Umstellung der
328 Lampen auf LEDs dazu genutzt werden, die Straßenbeleuchtung besser auf die
329 Belange der Fußgänger*innen auszurichten.

330 Nur eine gesunde Stadt kann lebenswert sein

331 Wer in der Stadt wohnt, ist mitunter teilweise deutlich stärkeren
332 Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt als auf dem Land: Lärmbelastung und
333 Feinstaubspitzen an viel befahrenen Straßen, die hohe Unfallgefahr an
334 innerstädtischen Kreuzungen, höhere Stresslevel und Angst durch hohe
335 Mietbelastungen: Stadtleben ist der Gesundheit nicht immer zuträglich. Deswegen
336 wollen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass man als Mensch in der Stadt
337 in Zukunft deutlich gesünder alt werden kann.

338 Darüber hinaus braucht es aber auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung
339 in den Städten. Neben dem Ärzt*innen-Mangel auf dem Land zeigt sich auch in den
340 Großstädten zunehmend, dass eine flächendeckende Gesundheitsversorgung mit
341 Fachärzt*innen nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie noch vor einigen
342 Jahren. Mit steigenden Einwohnerzahlen wird sich auch dieses Problem verstärken.
343 Zudem ist die medizinische Versorgung in der Stadt teilweise sehr ungleich
344 verteilt. Viele ärztliche Praxen konzentrieren sich in bessergestellten
345 Vierteln. Wir wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung ausloten, wie
346 wir die Verteilung von Praxen in den verschiedenen Stadtvierteln deutlich
347 gerechter gestalten können und wir eine – auch vom Umland genutzte – optimale
348 ärztliche Versorgung in den Großstädten gewährleisten werden kann.

349 Wir bekennen uns klar zu den Krankenhäusern in kommunaler Hand als wichtiger
350 Baustein der örtlichen Gesundheitsversorgung. Wir werden uns auf Landesebene
351 dafür einsetzen, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die
352 kommunalen Krankenhäuser verbessert werden.

353 Eine kluge Stadt braucht alle Talente

354 Der Kinderanteil in allen drei Großstädten wächst, doch schon jetzt zeigen sich
355 deutliche Unterschiede im bedarfsgerechten Ausbau von Bildungsangeboten. GRÜNE
356 Ideen für Bildungsangebote gehen aber über die Quantität hinaus, schon jetzt
357 zeigt sich an den Bildungsübergängen, wie unterschiedlich die jeweiligen
358 Stadtteile aufgestellt sind. Darüber hinaus müssen wachsende Städte einen neuen
359 Fokus auf Angebote des lebenslangen Lernens und inklusive Bildung legen. Wir
360 wollen ein Kulturangebot, das auch finanziell den verschiedenen Erwartungen in
361 einer vielfältigen Stadtgesellschaft entspricht und ausgebaut wird.

362 Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule

363 Die steigenden Geburtenraten und der Zuzug von jungen Familien führen dazu, dass
364 viele Eltern es schwer haben, einen geeigneten Kita-Platz zu finden. Auch fünf

365 Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz fehlt
366 es an Einrichtungen und Erzieher*innen. Die wachsenden Städte wurden nicht nur
367 hier jahrelang von der sächsischen Staatsregierung nur unzureichend bei der
368 Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzten
369 sich für eine Ausbildungsinitiative für Erzieher*innen ein und einer höheren
370 Entlohnung. Die wachsenden Kommunen müssen bei der Finanzierung von Kita-Plätzen
371 entlastet werden: ein flexibler, bedarfsgerechter und dynamisierter
372 Landeszuschuss unterstützt die Kommunen und entlastet die Eltern. Wir setzen uns
373 ferner für ein Kita-Qualitätsgesetz auf Bundesebene ein. Bei dem nach wie vor
374 erheblichen Investitionsbedarf bei Neubau und Sanierung von Kitas werden die
375 Kommunen immer noch zu wenig unterstützt, so dass sie z.T. auf langfristig
376 teurere Mietmodelle zurückgreifen. Um Kitas in kommunalem Eigentum realisieren
377 zu können, wollen wir die Kommunen mit einem bedarfsgerechten
378 Investitionsprogramm unterstützen. Die zunehmende Segregation in den Großstädten
379 ist bereits in den frühen Jahren spürbar. Kitas in sozial benachteiligten
380 Quartieren werden allein gelassen, wenn es darum geht, den Herausforderungen mit
381 individueller Förderung von Sprache und sozialen Kompetenzen zu begegnen. Wir
382 streiten für eine bessere Personalausstattung und zusätzliche Budgets für Kitas
383 in Stadtteilen, in denen besonders viele Einkommensschwache und wenig
384 bildungsnahe Eltern leben.

385 Um dem wachsenden Bedarf nach Schulen in den Großstädten nachzukommen streiten
386 wir für ein Sofort-Programm Schule, das die Kommunen finanziell und strukturell
387 bei der Umsetzung der Schulnetzplanung unterstützt. Wir wollen die Chance, die
388 sich aus der Notwendigkeit von Schulneubauten ergibt, nutzen und pädagogisch
389 innovative Bauten realisieren, die der Idee vom Raum als dritten Pädagogen
390 gerecht werden. Dafür braucht es eine moderne sächsische Schulbauempfehlung,
391 deren Leitlinien verbindlich bei der Vergabe von Schulbaufördermitteln sind.

392 Schon jetzt sind die Bildungschancen in den Großstädten höchst unterschiedlich
393 verteilt. Während in dem einen Viertel 80% der Grundschüler eine
394 Bildungsempfehlung für das Gymnasium bekommen, bekommt in anderen Stadtteilen
395 nicht einmal jeder zehnte die Chance. Welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt,
396 darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil seine Eltern wohnen. Dazu müssen
397 wir gezielt Schulen in benachteiligten Lagen unterstützen. Nicht nur der
398 ländliche Raum, sondern auch Schulen in sozialen Problemlagen der Großstädte
399 haben mit dem Lehrermangel zu kämpfen. Wir wollen, dass Schulen mit Kindern aus
400 benachteiligten Lebenslagen besonders gefördert werden, um die besten Lehrkräfte
401 zu bekommen und zusätzliche Förderung umzusetzen.

402 Die wachsende Zahl von Studierenden in Sachsen stellt die Großstädte auch vor
403 Herausforderungen. Wir wollen daher die Studentenwerke unterstützen und mehr
404 Geld für studentisches Wohnen bereitstellen. In Städten wo der Wohnraum knapp
405 wird, werden bezahlbare Wohnheime immer attraktiver, doch seit Jahren werden die
406 Studentenwerke nicht ausreichend finanziert. Wir wollen, dass bei den
407 Studierendenwohnheimen der bestehende Sanierungstau aufgelöst und neue
408 Wohnheime mit innovativen Konzepten geschaffen werden. Damit kann der Freistaat
409 einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt
410 entgegenzuwirken. Damit Studierende und Absolvent*innen ihr Potential in der
411 Region entfalten wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen neue Wege finden,
412 damit ein Ankommen auch im sächsischen Arbeitsmarkt möglich ist: Ob innovative
413 Start-ups, Selbstständige oder Freiberufler, wir brauchen in Sachsen einen neuen
414 Gründergedanken, der dieses Innovationspotential fördert und unterstützt. Ob

415 Mikrokredite oder Beratungsangebote, wir wollen, dass diese Menschen sich in
416 Sachsen verwirklichen können. Auch Jobmessen und eine integrierte, regionale
417 Arbeitsmarktberatung an den Hochschulen kann dazu führen, dass die
418 Absolvent*innen in der Region bleiben.

419 Regionale Bildungslandschaften stärken

420 Kinder wachsen in ihrem Stadtteil auf. Im Laufe der Zeit wird ihr
421 Bewegungsradius immer größer. Dem Bedürfnis nach regionaler Verortung und
422 Vernetzung wollen wir durch die Gestaltung von kommunaler Bildungslandschaften
423 Rechnung tragen. Regionale Bildungslandschaft bestehen aus einem verzahnten
424 System von klassischen Bildungsangeboten, Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen,
425 kulturellen Einrichtungen, Gemeinden, Angeboten der Offenen Kinder- und
426 Jugendarbeit und der Jugendhilfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in den
427 Quartieren eine bessere Verzahnung der Bildungseinrichtungen, verantwortliche
428 Bildungsübergänge, Bildungsinstitutionen die in den Stadtteil wirken und sich
429 öffnen – nicht nur institutionell sondern auch architektonisch.

430 Kultur braucht Freiräume

431 Ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der sächsischen Großstädte ist die
432 reichhaltige Kulturszene. Doch die Freiräume, in denen sich insbesondere die
433 freie Szene entwickeln konnte, ist zunehmend bedroht. Zahlreiche Theater,
434 Galerien, Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen
435 mehr Profit bringen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur erhalten. Dazu gehört
436 für uns auch die Vielfalt der kulturellen Orte. Wir setzen uns dafür ein, solche
437 Flächen städtebaulich zu sichern, um sie für Kulturschaffende zu erhalten. Das
438 Land Sachsen muss Grundstücke zur kulturellen Nutzung wieder ankaufen, die
439 Vergabe in Erbbaupacht stärken und vermehrt Genossenschaftsmodelle ermöglichen.
440 Anders als die großen Theater erhalten Gruppen der Freien Szene bisher keine
441 Investitionszuschüsse, um ihre Räume auszubauen oder zu sanieren. Statt
442 Leerstand zu verwalten, sollen öffentliche und private Flächen und Räume zur
443 Zwischennutzung für Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns
444 für eine Zwischennutzungsagentur oder andere geeignete Modelle einsetzen, die
445 Künstler*innen Räume zeitlich begrenzt vermittelt.

446 Soziokultur und migrantische Kultur unterstützen

447 Der Zuzug von jungen Menschen und steigende Geburtenraten bringt nicht nur einen
448 steigenden Bedarf von Bildungsangeboten mit sich, sondern auch mehr Nachfrage an
449 soziokulturellen Angeboten, diese wollen wir stärker unterstützen. Stärker als
450 bisher muss es dabei gelingen, auch bisher kultur- und bildungsferne Klientel
451 anzusprechen. Im Vergleich zu anderen Großstädten ist migrantische und
452 postmigrantische Kultur bisher kaum im Fokus der Kulturförderung. Angesichts der
453 stark wachsenden Anteils von Bürger*innen mit Migrationsgeschichte wollen wir
454 neue Ansätze für vielfaltsorientierte Kulturarbeit fördern.

455 Bewahrung von Kulturgut und Stadtgeschichte

456 Unsere Städte sind reich an historischen Kulturgütern: Diese reiche Geschichte
457 wollen wir nachhaltig bewahren für eine Zukunft, in der sich ein verschärfendes
458 Klima insbesondere mit Feuchtigkeitsschäden die geschützte Bausubstanz vor neue
459 Herausforderungen stellt. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für eine
460 bessere Förderung des Denkmalschutzes, auch für Privatpersonen ein.

461 Eine lebenswerte Stadt braucht gute Arbeit

462 Die Großstädte beherbergen eine umfassende Arbeitswelt mit vielen Betrieben und
463 Dienstleistungsunternehmen, mit Behörden, Wissenschaftsstandorten und sozialen
464 Einrichtungen. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten
465 gesunken und es waren immer wieder größere Neuansiedlungen zu verzeichnen.
466 Dennoch brauchen wir ein neues Herangehen an Wirtschaft und Arbeit in den
467 Großstädten. Wir müssen weg von der Fokussierung auf Großansiedlungen und müssen
468 die Innovationskraft von kleinen und mittelständischen Betrieben, von
469 Gründer*innen, von Menschen, die progressive Ideen haben, stärken. Durch eine
470 gezielte Vergabe von Geldern im Rahmen von öffentlichen Aufträgen sollen diese
471 in der Region bleiben und so auch das Umland und Mittelzentren stärken – die
472 entsprechenden Rahmenbedingungen wollen wir durch ein modernes Vergabegesetz
473 erreichen.

474 Wir wollen eine wachsende Stadt, in der gute Arbeitsplätze in den Quartieren
475 entstehen und so ökologische und soziale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden
476 und sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt und nicht umgekehrt anpasst, durch
477 kurze Wege, eine gute lokale Verankerung und eine stärkere Kooperation zwischen
478 Industrie und Wissenschaft. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die
479 Kooperation der Wirtschaft mit den örtlichen Wissenschaftseinrichtungen
480 verbessern, um unsere Städte zur wirklichen Innovationszentren zu machen.
481 Insbesondere die Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte,
482 Auszubildenden und Absolventen sollen stärker genutzt werden.

483 Gründungskultur ist eine wichtige Impulsgeberin für unsere Städte. Wir wollen
484 den Gründer*innen nicht reinreden, sondern gute Rahmenbedingungen schaffen,
485 damit diese sich mit ihren Ideen verwirklichen können. Dafür werden wir günstige
486 Räume vorhalten und Co-working-Spaces als Orte fürs Netzwerken unterstützen. Der
487 Kontakt zu etablierten Unternehmen, Business Angels und Wagniskapitalgeber*innen
488 ist stärker fördern. Um Gründungen zu erleichtern und eine Kultur der
489 Selbständigkeit und Risikobereitschaft zu unterstützen, werden wir den
490 bürokratischen Aufwand reduzieren und die vorhandenen Beratungsstellen auch für
491 die Konzeptphase ausbauen. Mit einem Mentoringprogramm wollen wir insbesondere
492 Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Teilzeitgründungen unterstützen.
493 Wir setzen uns dafür ein, dass Talente nicht aus Finanzierungsgründen abwandern
494 und wollen die Förderung der besten Ideen.

495 Die Stadt der Zukunft – digital und vernetzt

496 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte zu Smart Cities werden. Dazu müssen
497 wir die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung stärker nutzen als bisher, um
498 den vielfältigen Anforderungen an moderne Kommunikation und Infrastruktur
499 genügen. Schlüssel dafür ist der flächendeckende Ausbau mit Breitbandnetzen der
500 nächsten Generation. Auf dieser Grundlage wollen wir die Umsetzung intelligenter
501 Verkehrssteuerungssysteme für den Personen- aber vor allem für den Lieferverkehr
502 unterstützen, die mehr Menschen und Waren pünktlich und bezahlbar an ihr Ziel
503 bringen, ohne dabei die Luft in gesundheitsschädlichem Ausmaß zu verschmutzen
504 und ohrenbetäubende Lärmpegel in der Innenstadt zu erzeugen. Zugleich wollen wir
505 die Leistungen der Daseinsvorsorge in den Städten, von der Stromerzeugung bis
506 zur Müllentsorgung stärker miteinander vernetzen.

507 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine stärkere Digitalisierung von
508 Verwaltungsprozessen erreichen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig die

509 Kommunikation der Unternehmen und der Bürger*innen mit der Verwaltung in der
510 Regel digital abgewickelt werden kann.

511 Damit eine stärkere Digitalisierung und Vernetzung gelingen kann, müssen die
512 Städte in Sachsen Vorreiter beim Thema Datenschutz und Datensicherheit werden.
513 Es braucht stärkere Anstrengungen und Investitionen in diesen Bereichen, das
514 gilt auch und gerade für die kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, wie
515 Stromerzeuger.

516 Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung

517 Um das Gemeinwesen in unseren Städten lebenswert gestalten zu können, braucht es
518 eine starke Verwaltung. Sie ist der Garant dafür, dass Anträge zügig bearbeitet
519 werden, Verkehrsplanungen nicht ins Stocken geraten und die Bürger*innen ihre
520 Ansprüche auch durchsetzen können.

521 Die Verwaltung in den Großstädten ist aufgrund einer jahrelangen verfehlten
522 Personalplanung in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe
523 Krankenstand in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen die Verwaltungen wieder
524 mit dem Personal ausstatten, dass sie brauchen, um ihre Aufgaben reibungslos zu
525 erfüllen. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver, leistungsfähiger
526 machen, damit die Kommunen im Kampf um die besten Köpfe eine Chance haben. Den
527 öffentlichen Dienst machen wir zu einem Modellprojekt für ein gutes
528 betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende Personalführung und -
529 entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für konsequente Gleichstellung und
530 werden daher noch stärker Anstrengungen unternehmen, um den Frauenanteil in
531 Spitzenpositionen der Verwaltung zu erhöhen. Wir wollen unsere Verwaltungen
532 mehrsprachig machen, davon profitieren die Mitarbeiter*innen ebenso wie die
533 Bürger*innen der Städte.

534 Einstellungsverfahren in den öffentlichen Dienst sollen vereinfacht werden, um
535 die Einstellung neuen Personals zu beschleunigen. Wir setzen uns für
536 Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer
537 Musterzustimmung durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr
538 benötigen.

539 Selbstbestimmung in Freiheit und Sicherheit

540 Viele Menschen ziehen nicht nur wegen Arbeit oder Ausbildung in eine Stadt. Sie
541 kommen auch auf der Suche nach Selbstverwirklichung und Vielfalt, Freiheit und
542 dem Nebeneinander vieler verschiedener Lebensentwürfe. Wir möchten sichere
543 Städte. Dafür setzen wir auf eine ausreichende Personalausstattung der
544 öffentlichen Behörden. Was wir aber nicht brauchen, ist Geldverschwendung mit
545 reinen Symbolmaßnahmen wie Videokameras und hochgerüsteten Sicherheitsdiensten.
546 Wir wollen, dass der öffentliche Raum auch öffentlich bleibt. Dem Streben nach
547 der Privatisierung und nach der stärkeren Überwachung des Öffentlichen Raums
548 werden wir uns widersetzen. Deshalb lehnen wir die Möglichkeiten zu
549 verdachtsunabhängigen Personenkontrollen durch die – im Übrigen für viele
550 Kommunen stigmatisierende – Ausweisung sogenannte gefährlicher Orte ebenso ab,
551 wie die Ausweisung von Alkoholverbotzonen.

552 Die lebenswerte Stadt braucht Weltoffenheit und eine starke Stadtgesellschaft

553 Demokratie funktioniert nur dann richtig gut, wenn die Verwaltung verlässlich
554 und schnell arbeitet und der städtische Versorgungsauftrag erfüllt wird; sie

555 funktioniert, wenn es einen kritischen und starken Journalismus vor Ort gibt,
556 der Missstände aufdeckt und Bürger*innen eine starke Stimme gibt; sie
557 funktioniert besser, wenn Menschen ein gutes Einkommen haben und sich neben der
558 Arbeit auch gesellschaftlich engagieren und für ihre Stadt Verantwortung nehmen
559 können. Wir wollen unsere Städte in all diesen Bereichen stabiler aufstellen,
560 hin zu einer selbstbewussten und gemeinwohlorientierten Stadtgesellschaft, in
561 der es selbstverständlich ist, sich für das Miteinander und eine gute Zukunft
562 einzusetzen. Wir fordern dementsprechend eine umfassende Beteiligung der
563 Bürger*innen an allen kommunalpolitischen Prozessen von einzelnen Bauvorhaben
564 bis zum Bürgerhaushalt.

565 Die Stadt der Zukunft ist eine noch internationalere Stadt als heute: Damit
566 Sachsens Großstädte zu Orten des Zusammentreffens, der Forschung und Bildung,
567 der internationalen Verständigung und Produktivität werden können, begreifen wir
568 Internationalität in all ihren Facetten als Selbstverständlichkeit und
569 Bereicherung. Wir brauchen eine Kultur der Weltoffenheit und eine gelebte
570 Willkommenskultur, nicht nur in den Behörden, sondern in der Stadtgesellschaft.
571 Nur so können unsere Städte sich den Herausforderungen der Zukunft stellen und
572 attraktiv für Menschen aus aller Welt sein, die hier leben und arbeiten wollen.
573 Für alle Neuankommenden bedeutet eine Stadt oft Orientierungslosigkeit. Mit dem
574 Willkommenszentrum im Leipzig haben wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein innovatives
575 Projekt realisiert. Das Nebeneinander von Behörden, Angeboten und Dienstleistung
576 kann hier gebündelt werden um das ankommen zu erleichtern. Ein Pilotprojekt
577 welches auch für andere Städte Vorbild sein kann.